

einigung" gehen. Nicht um eine Aesthetik, sondern zwischen zwei Gesinnungen ist der Streit: zwischen der geschäftlichen und der künstlerischen Gesinnung. Auf der einen Seite müssen alle Künstler stehen, „alt“ oder „neu“; auf der anderen steht jeder Herr Felix.

Wir sollten eigentlich froh sein, daß wir den Herrn Felix haben. Er ist das beste Exemplar seiner Gattung. Wen er nicht abschreckt, der ist überhaupt nicht zu heilen. Schindler pflegte von ihm zu sagen: „Ich weiß nicht, was Rafael ohne Hände geworden wäre, aber das weiß ich, daß der Felix ohne Maul kein Maler geworden wäre.“ Er glaubt in der That, es komme in der Malerei bloß aufs Reden an. Der beste Weinreisende müßte nach seiner Aesthetik der größte Maler sein. Es ist lustig, mit seinen Freunden, die ihn verteidigen, über ihn zu sprechen. Ich frage sie gern: „Sagen Sie mir nur, aber ehrlich, ist es denn möglich, halten Sie denn den Felix wirklich für einen Maler?“ Da lacht jeder und antwortet mir stets: „Aber ich bitte Sie, woher denn? Das wissen wir alle, daß er kein Maler ist, er kann ja nicht malen, aber sie sollten ihn nur einmal hören, wie er mit den Leuten zu reden weiß, er redet ihnen alles ein: der ist geriebener als der schlaueste Händler!“ So sagen seine Freunde. Das heißt auf deutsch: an der Spitze der Genossenschaft steht ein Mann, der selbst nicht malen kann und auch gar keine Ahnung hat, was ein Künstler empfinden mag, aber allerdings Qualitäten hat, die ihn zu einem unvergleichlichen Maquignon befähigen würden. Also der richtige Präsident dieser Gesellschaft, das muß man ja zugeben.

Gegen ihn treten nun alle auf, die Künstler sein wollen und nicht Speculanten in Malerei. Das ist der Sinn der ganzen Empörung. Es handelt sich nicht um die „Moderne“, es handelt sich überhaupt um keine „Richtung“; es handelt sich bloß darum, daß einige junge Leute sich entschlossen haben, als Künstler zu wirken, nicht als Handelsleute. Darum ist es zunächst auch gleichgültig, ob sie viel können oder vielleicht etwas weniger können, als sie sich zutrauen. Ich habe sagen hören: „In Paris hat die Secession halt den Puvis und in München den Stuck gehabt, aber der Moll ist doch kein Stuck und selbst der Engelhart ist noch kein Puvis!“ Aber das bilden sie sich ja auch gar nicht ein. Sie wollen nur eine Stätte zur Pflege der reinen Gesinnung schaffen. Wenn ihnen das gelingt, ist es sehr viel, weil die „geschickten Leute“ doch immer behauptet haben, daß das in Wien nicht möglich sei. Nun werden wir sehen. Wer künstlerisch denkt oder fühlt, gibt ihnen seine besten Wünsche mit.

Hermann Bahr.

## Die Woche.

### Volkswirtschaftliches.

Dr. Lueger hat in seiner Bürgermeisterrede als eine seiner dringendsten Sorgen den Kampf gegen die Wiener Tramwaygesellschaft bezeichnet. Dieser steht heute im Vordergrund eines nicht nur lokalen Interesses, und man muß zugestehen, daß Doctor Lueger den Kampf mit der ganzen ihm eigenen Energie führt. Auch die in seiner Antrittsrede angeregte Unterstützung der staatlichen Behörden hat er dabei gefunden, und die Situation der Tramwaygesellschaft ist keine beneidenswerte geworden. Ihre Fahrordnungen werden nicht bewilligt und stets stärkere Fahrleistungen von ihr verlangt; im Verkehr mit ihren Arbeitern stehen die Behörden, welche sonst selten Sympathien mit Strite-Drohern haben, ziemlich offen auf deren Seite. Die Bewilligung zur Ausdehnung des elektrischen Betriebes wird ihr nicht erteilt, ja es droht ihr der Befehl der Einstellung des elektrischen Betriebes auf der einzigen nicht mit Pferdekraft besahrenen Linie. Der Vorlaut der Verträge, die sie jahrelang zum Schaden der Bevölkerung ausgebeutet hat, wird in einer Weise gegen sie ausgelegt, daß man zweifeln muß, ob das eventuell anzukündigende Gericht diese Auslegung bestätigen wird. Jedenfalls droht ihr die Gefahr, daß in den Straßen, für welche sie Concessionen besitzt, ja in solchen, welche sie befährt, Schienen für den elektrischen Betrieb neben den ihren gelegt werden, während sie sich langsam mit der Pferdekraft fortbewegen muß.

Nichtsdestoweniger hat der Bürgermeister von Wien in diesem Kampfe auch außer seinen engeren Parteigenossen das öffentliche Bewußtsein in ausgedehntem Maße auf seiner Seite. Selbst in Kreisen, denen jede anti-capitalistische Tendenz fremd ist, hat sich die Tramwaygesellschaft seit langem alle Sympathien verschert. Ein Privatmonopol hat nur in der Befriedigung öffentlicher Interessen seine Rechtfertigung und diese fanden in der Tramway jederzeit den härtesten Gegner, welcher dem lebendigen Verkehrsbedürfnis stets die auf einem todten Paragraphen basierende Negation entgegensetzt hat. Man kann auch nicht sagen, daß sie nur für vergangene Sünden büßt. Die zahlreichen Unfälle bei der elektrisch betriebenen Strecke, die Lohnverhältnisse ihrer Angestellten, das vorgeschlagene Invaliditätscaffenstatut mit der Einheitspension von bloß 33 1/3% des Activlohnes zeigen, daß die Tramway noch wenig aus der Vergangenheit gelernt hat. Jahrelang hat sie ihre Bilanzen künstlich schlecht gefärbt, um geforderte größere Verkehrsleistungen mit dem Hinweis auf ihren geringen Gewinn verweigern zu können. Heute glaubt sie gestützt auf die angesammelten Reserven und Cassenbestände für den Fall der Ablösung durch die Commune einen Preis zu erzielen, welcher eben die Frucht der jahrelangen Ausbeutung des öffentlichen Verkehrsbedürfnisses wäre. Unter solchen Umständen müssen alle Bestrebungen der Behörden, den Einlöschungspreis zu drücken, gebilligt werden, insofern sie geleglich und nicht contractwidrig sind.

Kann man angesichts dieser Sachlage das Vorgehen der Commune nur billigen, so ergeben sich andererseits gewichtige Bedenken. Zunächst ist es das Verkehrsbedürfnis, welches nach elektrischem Betrieb geradezu schreit. Der Bau einiger kleineren Linien soll demnächst in Angriff genommen werden. Aber die wichtigsten Strecken sind in den Händen der Tramway-Gesellschaft; und da dieser die Concession, wie es scheint, unter keinen Umständen gegeben werden soll, wird abgewartet werden müssen, bis die Concurrenzierungs- und anderen Pressionsmittel ihre Wirkung gethan haben werden, um eine günstige Verstädtlichung durchzusetzen. Darüber werden aber gewiß mehrere Jahre vergehen, während welcher Wien unter den jetzigen unzureichenden Verkehrsmitteln wird leiden müssen. Dazu kommt für die Commune die finanzielle Gefahr, daß sie sich in zu viele Unternehmungen, deren Risiko noch nicht abzuschätzen ist, einläßt. Diese Sorge wird nicht vermindert durch den Hunger nach einträglichem Stellen, welche sich unter der herrschenden Partei im Gemeinderath zeigt. Damit kommen wir zu einem dritten Punkt, zu der Geldfrage.

Die christlich-socialen Blätter mögen schreiben, was sie wollen, so bleibt es doch eine feststehende Thatsache, daß es der Commune bisher trotz größter Anstrengungen im In- und Auslande nicht gelungen ist, das Gassanlehen zu placieren. Man wird es begreiflich finden, daß sich die Wiener haute finance nicht gerne dazu hergibt, der gegenwärtigen Gemeindevverwaltung ihre Geldsorgen zu erleichtern. Es kann nach allem Vorgegangenen auch kaum auf diese bei einem städtischen Anlehen reflectiert werden. Nichtsdestoweniger wird man die großen Schwierigkeiten überraschend finden und sich auch nicht damit beruhigen, auf die solidarische Macht des Großcapitals, so monströs diese auch sein mag, hinzuweisen. Es gibt andere wirklich anticapitalistische Behörden in Europa, welche Geld brauchen, und z. B. die halb-socialistische Municipalverwaltung von Paris ist nie mit ihrem Capitaalsbedarf in Verlegenheit gewesen. Der Grund muß also tiefer liegen und er liegt in dem ethischen Gehalt der Partei. Eine Partei, welche einen Mittermayer in ihren Reihen zählt, welche als Volkspartei in die Höhe gekommen, kaum daß sie zur Macht gelangt ist, in so unerhörter Weise die Volksinteressen verrät und bereits einen solchen Grad politischer Corruption zeigt, kann auch in ihrer Wirtschaftspolitik kein Vertrauen finden, und dieses Mißtrauen wirkt dort, wo die locale Rancune schweigen würde, im Ausland. Und darum konnte die Commune bisher kein Geld finden, weil jeder fürchtet, daß contractliche Verpflichtungen gebrochen werden würden. Aber wo bleiben die Parteigenossen der gegenwärtigen Communalverwaltung, welche doch das größte Interesse daran hätten, dieser die Wege zu ebnen? Wo sind die Milliarden des Clerus? Wo die katholische Bank, von der man seit Monaten immer wieder hört und die noch immer nicht erstehen will? In Geldsachen scheint eben die Parteifreundschaft des Clerus ihre engen Grenzen zu haben, was man ja aus anderen Ländern z. B. aus Frankreich schon lange weiß. Vielleicht wird es der Commune gelingen, durch eine bessere Organisation ihres Emissionswesens über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinauszukommen, vielleicht wird die städtische Bank, an welcher im Magistrat eifrig gearbeitet wird, diesen Zweck erreichen. Eines aber ist sicher: das ganze Wirtschaftsprogramm des gegenwärtigen Bürgermeisters läuft Gefahr, früher oder später an der Finanzierungsfrage zu scheitern.

In der diesjährigen Generalversammlung der Nordwestbahn hat die einzige stattgefundene Debatte der Lage der Beamten der Gesellschaft gegolten. Es wäre nicht zu verwundern und nur zu billigen, wenn dies öfter geschehen würde und einsichtige Actionäre den Verwaltungen begreiflich machen würden, daß die rückwärtslose Ausbeutung der Beamten nicht das Ziel ihrer Bestrebungen zu sein hat. In der Generalversammlung der Wienerberger Ziegelfabrikgesellschaft hat man dies der Verwaltung auch ganz energisch zu verstehen gegeben. Was wir aber bei der Nordwestbahn gehört haben, war ganz etwas anderes. Herr Dr. Otto Frischauer hat den geschmacklosen Witz gemacht, eine Verbesserung der Pensionsbezüge der Beamten zu verlangen und zwar im Namen der „actienbesitzenden Beamten“. Er hat weiter gedroht, daß wenn die Wünsche der Beamten nicht befriedigt würden, diese künftig als eine Achtung gebietende Minorität in der Actionärerversammlung erscheinen würden. Wenn dies je der Fall wäre, so ist zu befürchten, daß den Herren an ihrer Dividende mehr liegen wird, als an ihrer Beamtenpension. Daß es übrigens nicht dazu kommen wird, dafür sorgt schon die Verwaltung, der es leicht geworden ist, diesen eigenartigen Socialpolitiker abzufertigen. Die Nordwestbahnbeamten werden aber gut thun, sich künftig bessere Vertreter ihrer Interessen zu wählen, als diesmal.

### Kunst und Leben.

Die Premidren der Woche. Paris. Opéra Comique, „Le Vaisseau-Fantôme“ von Richard Wagner, Uebersetzung von Charles Nutter. Théâtre de la République, „Le Bâtard rouge“ von Rodolphe Bringer und Gaston Rennes. Bodinière, „Le plaisir de rompre“ von Jules Renard. Oeuvre, „Le fardeau de la liberté“ von Tristan Bernard. Berlin. Thaliatheater, „Nothé Zettel“ von Richard Mark. Residenztheater, „Im Pavillon“ von Blum-Loché. München. Hoftheater, „Solanthe“ von Tschairowsky. Mailand. Manzoni-theater, „Das Wunder“ von Baffico.

Im Deutschen Volkstheater: Das „Aucksei“, Volksstück in vier Acten von Oscar Fronz. Herr Fronz ist ein kleiner Schauspieler an dieser Bühne, in harmlosen wienerischen Episoden recht angenehm. Er war schon seit einiger Zeit verdächtig, Couplets und Parodien zu verfassen. Sonst noch unbescholten. In sein Stück ist man mit gelinder Angst gegangen. Man weiß ja, wie das zu sein pflegt, wenn Schauspieler